



Dresdner Nachrichten

Hugo Borack
Hilfsrentner
Altmarkt, Seestraße 1.
Ball- Strümpfe, Kragen, Shawis, Handschuhe, Ueberschuhe.
Tricots für Kostüme.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

42. Jahrgang.

Dresden, 1897.

R. Beyer → Papier-Fabrik-Lager ←
Papier-Grosshandlung → **Am See 16**
Größtes Lager aller Sorten Pappens und Packpapiere, Formate und Rollen in allen Größen. Schreib-, Post-, Druck- und Umschlag-Papiere. Imittirt. — festlich — echt — und Futter-Pergament. Weisses und farbige Seidenpapiere.
Geldscheinposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Familien- Nähmaschinen
Strohhut- Schneider-
Schuhmacher- Schuhmacher
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr., Chemnitz-Strasse 25, Warsenauplatz, 5. Strassenstr. 18.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaren
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse**, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 30. Spiegel: Reichstagsdebatte über Postverwaltung, Vorschläge, Getreidenachschub, Eisenbahnen, Währungsreform, wenig Scherz, weniger Satir. **Sonnabend, 30. Jan.**

Für die Monate Februar und März werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38, zu **1 Mark 70 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mark 84 Pfennigen**, in Oesterreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu **1 Gulden 69 Kreuzern** angenommen.

Politik.

Der Verlauf der Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung im Reichstage ist seit einigen Jahren in der Hauptsache ein stereotyper. Jahr aus Jahr ein werden von den Abgeordneten dieselben Wünsche und Beschwerden vorgebracht und dieselben Forderungen gestellt. Eingeleitet wird die Verhandlung damit zu werden, daß die Kommission eine Resolution beantragt, durch die der Reichstag zum so und so vierten Male ersucht wird, die Paketannahme und -Befreiung an Sonn- und Festtagen auf Eisenbahnen zu beschränken. Dann kommen meist dieselben Redner zu Worte, die schon mehrere Jahre lang in ganz der nämlichen Weise ihr Herz ausgeschüttet haben. Immer wieder erklingen die oft gehörten Anglieder über das Ausbleiben der beharrlich verlangten und beharrlich ausgebliebenen Reformen, als da sind: Erhöhung des Gehalts für einfache Briefe von 15 auf 20 Cents, Verbilligung der Fernspreckgebühren, Herabsetzung der Arbeitszeit der Beamten für den Sonntag, Beseitigung des Personals, Herstellung eines neuen Postzeitungstaxens u. s. w. u. s. w. Bei seiner Forderungsbekämpfung wird man ferner zahlreiche, besonders von radikaler Seite erhobene Beschwerden über Mängel der Mitglieder des Reichstages, des Reichstages und unangemessene Behandlung der Unterbeamten vermissen. Mit der Sicherheit, mit der die Schwärben im Frühjahr zu und zurückkehren, wird endlich das ganze Heftiger persönlicher Vorwürfe und Angriffe ausgezogen. Der Generalpostmeister Dr. von Stephan, heißt es alljährlich, habe sich zwar einmahl große Verdienste um die Entwicklung des Reichspost- und Telegraphenwesens erworben, aber jetzt sei er ein alter Mann, der sich den Forderungen, die an eine gedeihliche Fortentwicklung des Postwesens gestellt werden müssen, beharrlich widersetze, der seine Beamten tyrannisch u. dergl. m. Eine stehende Behauptung bleibt es, daß der Herr Staatssekretär des Postwesens sich auf den rein fiskalischen Standpunkt eines Finanzministers, statt auf denjenigen eines Verkehrsministers stelle. So sagte Herr Singer vor einem Jahre in seiner Postetatsrede: Die Verwaltung dient seit geraumer Zeit nicht mehr den Interessen des Verkehrs, sie folgt nicht mehr den Bedürfnissen des Publikums, sondern sie ist ein Institut für Plasmacheren. In diesem Jahre bemerkte der sozialdemokratische Führer: Durch alle Ausführungen des Staatssekretärs geht wie ein roter Faden die Auffassung, daß die Post lediglich ein Institut für fiskalische Plasmacheren sei. Nebenher hätte Herr Singer nur seine ganze vorjährige Rede zu wiederholen brauchen, um dasselbe zu sagen, was er diesmal vorgebracht hat. Neu war bloss das angelegte Beweismaterial, mit dem er seine alljährlichen Angriffe gegen die Postverwaltung und deren Leiter zu illustriren suchte. Was von Singer, gilt auch von den übrigen Rednern, die vorgestern im Reichstage gesprochen haben, insbesondere von dem Reformen-Berater und dem Centrumsmittler Eisinger, der sich zum Spezialisten für die Sonntagstube der Postbeamten ausgebildet hat. Der Reformen-Berater sprach im vorigen Jahre von „himelstreichenden“ Zuständen, die in der Postverwaltung herrschen; es mußte mehr als bisher dafür gesorgt werden, daß die Sonne der Gerechtigkeit im Reiche des Herrn von Stephan her lche. Vorgestern variierte er das Thema, indem er diese Zustände „sozialistische“ nannte.

hätlichen Interesse an manchen Zuständen innerhalb des Postwesens, deren Reformbedürftigkeit fast allerseits anerkannt wird, gegen den Willen des Reichstags festgehalten wird, so ist daran nicht Herr v. Stephan, sondern in erster Linie die Volkvertretung selbst schuld, die neue Ausgaben verlangt, ohne daß sie die Verantwortung tragen will, die dafür erforderlichen Deckungsmittel zu bewilligen. Der Reichstag lehnt ja vielmehr beharrlich alle neuen Einnahmewellen ab; und in dieser Beziehung besitzt der Reichstag zum Mindesten ebenso wenig Muth wie Herr v. Stephan, der die Vorder auf seiner Seite hatte, als er den Vorwurf Singer's, daß er nicht die Kraft habe, dem Schicksal entgegenzutreten, mit einer Anspielung auf die Abstammung des sozialdemokratischen Führers zurückwies. „Was wollen Sie denn mit Muth machen,“ rief er diesem zu, „gegenüber unserem Herrn Finanzminister? Vor Muth und vor Tapferkeit habe ich noch keinen Finanzminister zurückgeschrien sehen. Herr Singer, wenn Sie den Muth hätten, wie der Löwe von Juda, der sich erhebt in der Wüste und ansieht, wenn er verschlingt, wie es in der Bibel heißt, so würden Sie doch nichts ansprechen können.“

Rechtlich so ganz Unrecht hatte andererseits der nationalliberale Führer Gammacher nicht, als er hervorhob, daß der alte Stephan, der den Volkstheoretiker begründet, der die Postkarte erfinden hat, bereinigt alle entgegenstehenden finanziellen Bedenken scheinbar zu überwinden wußte, als er das Normalporto von 10 Pfg. für Deutschland einführte. Bei Begründung der Forderung, die Fernspreckgebühren herabzumindern, behauptete der Abgeordnete Gammacher, daß sich seit der 1843 erfolgten Herabsetzung der Fernspreckgebühren von 20 auf 10 Mark die Ueberhörsche von 17 auf 30 Millionen erhöht haben und daß daher bei einer weiteren Herabsetzung nicht allein kein Anstoss in den Ueberhörschen der Fernspreckgebühren eintreten würde, sondern daß sich Mehreinnahmen zeigen würden. Nach dem bekannten Erhebungsstat, das billige Tarife den Verkehr und die Einnahmen daraus haben, dürfte auch aus der Erhebung des Normalpreises die Ueberhörsche von 17 auf 30 Millionen erhöht haben und daß daher bei einer weiteren Herabsetzung nicht allein kein Anstoss in den Ueberhörschen der Fernspreckgebühren eintreten würde, sondern daß sich Mehreinnahmen zeigen würden. Nach dem bekannten Erhebungsstat, das billige Tarife den Verkehr und die Einnahmen daraus haben, dürfte auch aus der Erhebung des Normalpreises die Ueberhörsche von 17 auf 30 Millionen erhöht haben und daß daher bei einer weiteren Herabsetzung nicht allein kein Anstoss in den Ueberhörschen der Fernspreckgebühren eintreten würde, sondern daß sich Mehreinnahmen zeigen würden.

Rechnungs- und Fernspreck-Berichte vom 29. Januar.

Berlin, Reichstag. Die Beratung des Etats der Post- und Telegraphen Verwaltung, Titel „Gehalt des Staatssekretärs“, wird fortgesetzt. Abg. Dr. Dasse (nat.-lib.): In seinem Wahlkreise ist die Zahl der Bewerber des Staatssekretärs v. Stephan ein wenig im Zusammenhange geblieben, weil dieser so manche beachtliche Wünsche gründlich ablehnte. Die Post müsse eine Reformanstalt sein und deshalb füge er zu den gestern laut gewordenen Wünschen noch einige weitere hinzu: Leichere Kleidung der Unterbeamten im Sommer und bessere Wohnungsverhältnisse derselben. Ferner müsse er ferner, daß nach den Behauptungen der genannten Presse die Angaben des Staatssekretärs im vorigen Jahre über den Postverlust unrichtig gewesen seien. Aufklärungen seien zur Bekämpfung des verletzten Nationalgefühls noch erforderlich. Gern erwiderte er auch vom Präsidenten Anstöße, ob es nicht wahr sei, daß die Fernspreck-Verwaltung eines ausserordentlichen Verlustes durch die Fernspreck-Verwaltung eingeleitet sei. Ferner verlangt er eine entsprechende Ausdehnung des Fernsprecknetzes und Entgegenkommen für die Wünsche der Teilnehmer. Besonders an's Herz lege er dem Staatssekretär eine Petition sämtlicher höchsten Handelskammern um Ermäßigung der Fernspreckgebühren nach Bremen, Nürnberg und Leipzig, die sich dem innerlich Deutschland geltenden Satz. Mit Genuß habe er die unangenehme Anekdote von Guben nach Wigo in Spanien. — Abg. Pann (sp.) sprach dem Staatssekretär den Dank des platten Landes für die Fortschritte des Fernsprecknetzes aus und wiederholte den gestern vom Abg. Gump ausgesprochenen Wunsch behelfs Wegfalls der Fernspreckgebühr für Bestellung außerhalb der Dienstzeit der Fernspreckbeamten. — Abg. v. Leipzig (son.) unterstützt diesen Wunsch, widerspricht dagegen aus finanziellen Gründen der Herabsetzung der Fernspreckgebühr und der Erhöhung des Gewächsmaximums für einzelne Briefe. Die Reichsregierung, die sich dem Wunsch einer schwereren Papiere, als es die Regel sei, erlaubten, könnten sich auch den Luxus gestatten, dafür entsprechende Porto zu zahlen. Ganz unzutreffend sei die Behauptung des Abg. Singer, daß die Postverwaltung an Beamten spare. — Abg. Hebel (son.): Wie recht wir mit unseren Anträgen haben, beweist die Veränderung des Abg. Dasse, daß und weshalb in Leipzig, dieser reichen Stadt, das Ansehen des Herrn v. Stephan im Vergleich zu dem Reichstag, das Ansehen der Reichsregierung über mangelhafte Sonntagstube der Unterbeamten. Die Einstellung neuer Kräfte entspricht nicht dem Muth des Steigens der Arbeit. Im Falle v. Auerwald sieht sich seitens des Fernspreckbeamtenvereins eine Bevorgung der Herren vom Unionklub angeordnet worden, weil dieser Herr gedroht, sich beim Kaiser zu beschweren. Wie dürfte die Postverwaltung Solches anordnen, was wohl habe Herr v. Stephan bei Joseph Mikschau. Und ein solcher Herr trägt es, eine Dame im Amte „Schwein“ zu nennen? Eine solche Rohheit begeben Leute, die sich sonst immer auf ihr feines Gefühls berufen. Weiter sagt Hebel die Beantragung eines Telegramms nach Hamburg wegen des bittlichen Ausdrucks „Kampf bis auf's Messer“. Die Postverwaltung habe überhaupt kein Recht zu solcher Centur. — Direktor im Reichspostamt, Scheffer, betont, welches bedeutende Moment im Fernspreckverkehr die Ungeübtheit sei, auch da gebe es

im Verkehr feinere und größere Naturen. Ob explosive Naturen vor denen die Beamten sich gegenwärtig wachen, was dem Herrn eine Begünstigung erwarten könnten, das lasse er dahingestellt (weiterer): die betreffende Person (v. Auerwald) sei als „Narren“ bekannt, auch wegen des bewussten Vorgehens verurtheilt worden, ob damit ein Vortheil erzielt worden sei, wisse er nicht. Eine Anordnung, den Herrn zu bevorzugen, sei jedenfalls nicht eingetragenen und von einer Beschwerde an höchster Stelle sei ihm nicht bekannt. Was die Telegramm-Centur anlangt, in Betreff der Prüfung der Telegramme auf Hechten. Das betreffende Telegramm sei beanstandet worden, weil man wohl angenommen habe, die Worte „Kampf bis auf's Messer“ könnten unter Umständen gefährlich sein als Explosivstoff (Lachen links). — Abg. Förster (son.): Die Reichstag sollte sich nicht mit guten Worten abgeben lassen, sondern seine Wünsche betreffs Fernspreckleistungen unbedingt durchzusetzen suchen, ev. durch Bevorgung von Staatsmitteln. Der Reichstag sei nicht dazu hier, das Loblied des Staatssekretärs zu singen. Was haben wir mit allen unseren Resolutionen erreicht? Ueberall stehen wir auf den fiskalischen Standpunkt der Postverwaltung. — Direktor Fischer erwidert auf die Beschwerde des Vorredners, daß den Militärbeamten das Postrecht nicht auf die Postämter angedreht werde, nach dem von dem Reichstage bewilligten Vorarbeiten rechte das Postamt von der entsprechenden Anstellung an. — Abg. Müller-Zagan (frei. Rep.): Die steigenden Postgebühren, auf die der Staatssekretär auch diesmal wieder hingewiesen habe, um die Thätigkeit der Postverwaltung zu illustriren, beweisen gar nichts, der Verkehr richte sich nach ganz anderen Faktoren, als nach der Thätigkeit der Postverwaltung. Aufgabe dieser sei es, den Bedürfnissen des Verkehrs zu folgen, aber gerade darin lasse sie es fehlen. — Staatssekretär Graf v. Posadowski widerlegt die Behauptung des Abg. Förster, daß durch Einführung des Auerwaldsystems die Postverwaltung Millionen erspart habe. In den letzten Jahren, über welche der definitive Abklaus vorliege, habe die Postverwaltung vielmehr 162,000 Mk. mehr an Beibehaltungen ausgegeben als es nach dem früheren Stellengehaltssystem geblieben sein würde. — Abg. Bachmeier (frei. Rep.): Es scheint fast, als wenn Herr v. Stephan mit seinen Forderungen nicht über die Schwelle des Herrn Schapschalsch dürfe. Auf die Dauer werde Herr v. Stephan den Reichstag nicht abspinnen können mit einem sonst certi denique finis, denn der Reichstag kennt eben in seiner Entwicklung keine Grenze. Eine weitere Einschränkung der Annahme und Befreiung von Paketen an Sonn- und Festtagen würde das Publikum benachteiligen und den Montag zu schwer betasten. Ferner geboten sei eine Reform des Postzeitungstaxens. Es bedürfe überhaupt des Bagamathes und der Unternehmungskraft. — Abg. Singer (son.) widerspricht dem Vorredner in der Frage der Sonntagstube, weist jedoch nochmals gegen die Bevorgung von Locomotiven im Fernspreckbetriebe und stellt fest, daß die Vertreter der Postverwaltung auf den geltenden von ihm erwähnten persönlichen Erfolg, betreffend Beschleunigung von Beamten an Eingaben, Benennungen u. dergl. einengangen seien, entschieden, weil sie sich des Erfolges gerahmt hätten. — Direktor Fischer: Ein vom Vorredner erwähnliches verlässliches Merkmal könne nur durch großen Vertrauensbruch dem Vorredner bekannt geworden sein. Angesichts dessen lehne die Reichspostverwaltung es ab, in eine öffentliche Erwägung darüber einzutreten. (Lachen links). — Abg. Wells (frei. Rep.) unterstützt den Widerspruch der Verwaltung gegen alle Fernspreckleistungen einer nochmaligen Kritik. Gehe es zu weiter, so werde es demnachst zeigen: Immer langsam voran, daß der deutsche Landstrich nachfolgen kann! (Heiterkeit). — Weiterberatung morgen.

Berlin. Die Verhandlungen im Reichs Witz-Stände wurden heute noch nicht beendet, sondern auf morgen, Sonnabend, vertagt.

Berlin. Im Abgeordnetenhause interpellirte Abg. v. Grollmann (Pol.) die Regierung wegen Ausübung verdrängender Benennungen in Besprechungen wegen Gebrauch der polnischen Sprache. Der Minister des Innern, Hr. v. d. Rode erwiderte, wie er es schon auf die Interpellation Stephan gethan, die Regierung wolle den Polen für Benennungsrecht nicht lügen, sie könne sich aber auch ihr Ueberwachungsrecht nicht dadurch illusorisch machen lassen, daß man sich einer dem Ueberwachenden Beamten nicht geläufigen fremden Sprache bediene. Sollte sich das Ueberwachungsgericht dieser Artigkeit nicht erwidern, so werde die Regierung den Weg der Gesetzgebung betreten; sie werde mit offenen Augen die wachsende Gefahr und werde ihr zu begegnen wollen. (Beifall rechts und bei den Nationalisten; Lachen bei den Polen und dem Centrum). Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, in welcher die Abg. Hoyer (Centr.), Münder (Pol.), Forch (Centr.), Hoyer (son.) für den Standpunkt der Interpellanten, Dr. Gedlich (freisinn.), Graf v. Limburg-Staurum (son.) und Dr. Zartler (nat.-lib.) für den der Regierung eintraten. Nachdem die Berechnung über den Gegenstand geschieden, beantragte Abg. Hoyer (son.) seinen Antrag, die Regierung zu eruchen, dahin zu wirken, 1. daß das einseitige ausschließliche Verbot einer Ausdrucksweise Quarantänezeit und einer Unterdrückung unterworfen. 2. daß die Einfuhr zollfreien Schweine und zollfreie Schweine unterliegt, 3. daß laut Artikel 6 der Viennischen Konvention in Oesterreich-Ungarn sofort zeitweise Sperre gegen die Hindlich-Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn angeordnet werde. Der Antrag ist von nahezu drei Vierteln der Abgeordneten unterzeichnet. Landwirtschaftsminister Hr. v. Hammerstein hätte geglaubt, nach der einseitigen Behandlung im Vorjahre und erst vor 8 Tagen wieder im Reichstage dieses erneuten Verhandlung entgegen gewachen zu sein, zumal die Art, wie Herr Hoyer im vorigen Jahre hier seine Forderungen vertretet, Schmeicheleien mit dem Auslande zur Folge gehabt habe. (Lachen rechts). Herr Hoyer zielt immer darauf hin, die Weltrechte zu heigen. Ein solches Extrem ist aber ganz unzulässig. Nach dem Sachverhalt, liegen die Tendenzenentwicklungsstufen innerhalb der Quarantänezeit von 10 Tagen. Die Regierung kann aber die Quarantäne nicht, bloß um die ausschließliche Einfuhr zu erwidern, verlängern, sie könne also der Forderung einer unbedingten Quarantäne nicht zustimmen. Eine sofortige Sperre der Grenze gegen die russische Geflügelindustrie sei nicht möglich, aber diese solle auf bestimmte Einfuhrstellen beschränkt und einer Quarantäne sowie bestimmten Transportbestimmungen unterworfen werden. Das bei der Schweine-Einfuhr aus Ausland an manchen Stellen keine guten Zustände beständen, ist richtig, und es würde daher die vollständige Sperre der Grenze gegen die russische Schweine-Einfuhr erwogen. Gegen Oesterreich halte sich die Regierung augenblicklich nicht bereit, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen; sollten sich jedoch die Einfuhrungsstellen in mehrern, daß die Regierung von Artikel 6 der Konvention Gebrauch machen könne, so werde sie es thun. — Nachdem noch Abg. Graf v. Kottwitz,

Triumph-Seife
für Toilette
und Handwäsche